DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

OKTOBER 10 / 92



. . . Hoyerswerda . . . Rostock . . .

Am 3. Oktober 1992 ist der 2. Jahrestag der „Deutschen Einheit". In der Nacht zum 1. Tag der Einheit, dem 3. Oktober 1991, brannte in der Schwachhauser-Heerstraße eine Villa aus, in der Asylsuchende wohnten. Ein Täter wurde ermit- und verurteilt.

Nur Einer? In Bremen sitzt die DVU/NPD schon seit 1987 in der Bürgerschaft, die schon immer von den gewalttätigen Mitgliedern der FAP und NF unterstützt wurden sowie den Saalschutz stellten. Der Brandanschlag in Bremen ist auch kein Einzelfall im vereinigten Deutschland, sondern ist ein Fall von vielen. Ein Fall in einer Kette, die nach Lebach, Hoyerswerda, Hünsche, Rostock, Quedlinburg immer offener die bekannte Organisation zeigt. Der Bericht des Amtes für Verfassungsschutz Köln meldet, 1991 sei die Mitgliederzahl der Neofaschisten von 4.000 auf 40.000 angestiegen. Und 1992? Der Verfassungsschutz berichtet, er beobachtet auch weiterhin die Neoszene mit 400 zusätzlichen Agenten und gibt die Erkenntnisse weiter. So wurden auch die Kenntnisse von der Anreise der onazigruppen aus Leipzig, Frankfurt/M., Köln u.s.w. nach Rostock gemeldet. Aber die Oberen der Polizei haben keine Gruppe aufgehalten, nach Waffen und Brandsätzen durchsucht. Die Oberen gaben auch keinen Befehl einzugreifen, als die Neos die Feuerwehr verjagten.

Millionen erlebten am Dienstag, den 25. August 1992, in Wort und Bild mit, daß die Leitung der Polizei das Leben von 150 Kindern, Frauen und Männern aus Vietnam und ein Kamerateam der Verbrennung aussetzten. Die Vietnamesen fanden einen Weg aus dem drohenden Tod. Und der Minister des Inneren in Mecklenburg, Herr Kupfer, meinte, das Kamerateam des ZDF hätte nicht wahrheitsgemäß und übertrieben berichtet.

Die Rüge hatte offensichtlich gewirkt, denn von dem wiederholten Anhalten und Durchsuchen der Personen und Fahrzeuge der Gruppen, die am 29.8. in Rostock an einer Demonstration gegen Ausländerhaß teilnehmen wollten, gab es keine Bildberichte.

Für die Neonazis war diese Aktion ein Signal: In der Nacht vom 29. zum 30. August überfielen sie gleich in 15 Städten in Ost und West Heime für Asylsuchende. Während die Terrorwelle weiter rollt, fallen Politiker, Parteiführer, Parlamente reihenweise um und fordern, den Art. 16 des GG. zu ändern. Dabei sollte klar sein, daß die Beseitigung des Grundrechtes auf Asyl nicht die Ursachen der Welle von Flüchtlingen beseitigt. Auch die Vietnamesen (z.B.) in Rostock, die heute Asylsuchende sind, haben den Arbeitsplatz durch die Herstellung der Einheit verloren. Sie hatten einen Arbeitsvertrag, den die Treuhand nicht erfüllt.

Die freie Marktwirtschaft in Deutschland befindet sich in einer Krise, die im Westen 1990 durch den Rücklauf von DM 70 Milliarden aus den neuen Ländern etwas entschärft wurde. Dem Kahlschlag der Arbeitsplätze der sozialen und kulturellen Einrichtungen in den neuen Ländern folgte der Kahlschlag in den alten Ländern. Die Politik der Herren Seehofer und Möllemann bedeuten einen radikalen Kahlschlag des sozialen Besitzstandes.

Schon ab 1930 wurde in Deutschland versucht, die Krise mit Abbau von sozialen Einrichtungen zu bekämpfen. Das Resultat kennen wir. 1992 soll ebenfalls Wirtschaft und Staat durch den Griff in die Taschen des Volkes gelöst werden. Gleichzeitig soll mit der Beseitigung demokratischer Grundrechte (Art. 16) die Krise überwunden werden. Dabei soll es nicht bleiben, denn schon fordern CDU-Politiker, nach Salzuffeln, von der SPD-Führung auch die Änderung des Artikels 18 GG. – Versammlungsfreiheit.

Auf diesem Boden gedeiht der Rechtsextremismus und sein Satellit, der Neofaschismus. Und die Ausländer bilden so lange die Prügelknaben, bis der Neofaschismus seinen Terror gegen die Demokraten richtet, die gegen Ausländerhaß und für die Erhaltung der unverzichtbaren Grundrechte aufrufen. Der Abbau des sozialen Besitzstandes wird mit den angeblichen Kosten begründet, die durch die Einheit entstanden wären. Die Wahrheit ist, die Kohl-Regierung wurde vor einem einfachen und schnellen Anschluß der DDR gewarnt – u.a. von Herrn Lafontaine. Herr Kohl hat in der Beratung des Haushaltes (8. - 10.9.) seine Fehler zugegeben und das Volk soll zahlen.

Während die etablierten Politiker die Abwälzung der Kosten auf das Volk mittragen, üben DVU/NPD und die REPS Kritik, als ob sie eine bessere Lösung hätten. Dabei wollen und können diese 2 Parteien keinen anderen Weg gehen. Die Herren Frey und Schönhuber haben selbst schon mehrfach betont, die etablierten Parteien machen genau die Politik, die sie immer vorschlagen – nach innen und außen.

Dies sind einige Nachweise von Strukturen und von Politik, die junge Menschen dazu treibt, mit Gewalt Lösungen durchzusetzen. Am Ende führt Gewalt nur zu weiterem Abbau demokratischer Rechte. Es gilt immer noch: Menschen seid wachsam.

Willy Hundertmark

Allerletzte Meldung:

Der Generalsekretär der CDU, Peter Hintze, verkündet harten Kurs für die Annulierung des Art. 16 GG. Dafür soll die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 in das GG. Herr Hintze und Herr Kohl, der zustimmt, wissen anscheinend nicht, daß die BRD die Konvention schon längst unterschrieben hat. Wenn diese Herren es aber doch wissen sollten, dann ist dies eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.
Übrigens, die Konvention verpflichtet die BRD, über den Arbeitskräftebedarf hinaus Flüchtlinge aufzunehmen.

N. B. Von 17 Millionen Flüchtlingen weltweit sind 5 % in Europa.

Vorschläge zur Gedenkstätte am Fort Zinna in Torgau

Das Gerangel und die Art einer Lösung um eine gemeinsame Gedenkstätte für die unterschiedlichen Opfergruppen am Fort Zinna, wie es im Torgauer Kreisblatt vom 17.8.92 zum Ausdruck kommt, finde ich, gelinde gesagt, beschämend! Die Opfer einer faschistischen Völkermordbande sollen unter dem Leidenssymbol des Kreuzes mit jenen aus der Stalinära und ehemelaigen DDR gleichgesetzt werden. Der Mißbrauch des Kreuzes, mit welchem bis heute Schindluder getrieben wird, soll darüber hinwegtäuschen, daß Antifaschisten und Freiheitsarmeen aller Länder für den Weltfrieden und ein Deutschland, frei von Rassismus, Gaskammern, Verbrennungsöfen für ermordete Opfer, Massenexekutionen, vom Säugling bis zum alten Menschen u.a.m. kämpften, und dabei Gesundheit und Leben gaben! Der unheilbringende Zeitgeist durchstreift wieder unser Land, historische Fakten werden verwässert und verfälscht und ebnen den Weg einer Neuauflage zum Faschismus. Den reaktionären Kräften sind nicht nur die noch lebenden Zeitzeugen ein Dorn im Auge, Mahn- und Gedenkstätten ein Ärgernis! Die Elbebrücke in Torgau, an welcher sich am 25. April 1945 sowjetische und amerikanische Truppen die Hände reichten, ist dem Verfall preisgegeben, eine neue Brücke über die Elbe ist laut Pressebericht im Bau. Der „Verfall" der Mauern von Fort Zinna, welche ich als Opfer faschistischer Militärjustiz in grausiger Erinnerung habe, scheint von Naturgesetzen verschont geblieben zu sein, sonst hätte sich nicht darin erneut eine Strafanstalt etabliert. Der Gedanke eines Museums für die zum Tode Verurteilten und überlebenden Opfer faschistischer Barbarei in die Tat umzusetzen, scheint den Planern noch schwieriger zu sein als das Anbringen von 3 Tafeln in drei „Verfolgungsepochen".

Das heroische Zugeständnis, an erster Stelle eine Tafel für die Opfer der faschistischen Militärjustiz e.V. anbringen zu dürfen und Überlassung des Textes der jeweiligen Opfergruppe sollte eindeutig zum Ausdruck kommen! Mein Vorschlag des Textes: Den Opfern faschistischer Militärjustiz, als Symbol das bekannte Bild einer vom Bajonett durchbohrten Friedenstaube.

Lorenz

Aktuelles Thema ist immer noch der „Blauhelmeinsatz der Bundeswehr"

Zu einer „Mission" der UNO in Kambodscha und die Entsendung eines Kriegsschiffes in die Adria. Angeblich soll die „Bayern" nur beobachten, daß der UNO-Beschluß zur Blockade Serbiens auch eingehalten wird.

Welche Gefahr daraus entstehen kann, war selbst der Bundestagsdebatte zu entnehmen. Da hieß es z.B., „was geschieht, wenn die „Bayern" in eine Schießerei verwickelt wird?"

Der Kanzler - selbst anwesend - schwieg in dieser Debatte. War es nicht derselbe Kanzler, der antrat mit der Losung: „Frieden mit weniger Waffen?" Kam ihm in dieser Sitzung etwa in Erinnerung, was er bereits früher in einem Interview mit der Saarbrücker-Zeitung erklärte? Darin war er der Meinung: „Die Parole, Frieden ohne Waffen, ist ein Traum, der in der Wirklichkeit unserer Welt leider keine Chance hat."

Müßte er nicht wissen, daß es am Ende des 2. Weltkrieges, im Osten wie im Westen, nur eine Orientierung von Seiten der Bevölkerung gab. Sie lautete: „Nie wieder Krieg und Faschismus!"

Es war aber sein Vorbild Adenauer, der 1949 den westlichen Hochkommissaren versprach: „Die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten, und . . . die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern."

Wie ernst er (Adenauer) das nahm, geht aus der Tatsache hervor, daß nur wenige Monate später - 1950 - der ehemalige Nazi-General Speidel von Adenauer beauftragt wurde, sich mit der Frage der Wiederbewaffnung zu beschäftigen.

Weil Adenauer das sogar hinter dem Rücken seines Kabinetts tat, war sein damaliger Minister, Gustav Heinemann, aus dem Kabinett ausgetreten. Nur wenig später wurde von Adenauer und seinem Minister Blanck der „Bürger in Uniform" und somit die Bundeswehr geschaffen. – Und warum? Das ist Reden von Adenauer, Hallsteiner und F. J. Strauß zu entnehmen. Sie wollten die Ostzone befreien und sprachen auch vom „Marsch zum Ural". Für Strauß gab es schon 1958 „nur noch einen Fall, und das ist der Fall Rot".

Der „Fall Rot" (altes Feindbild) existiert aber nicht mehr. Und warum hält Kanzler Kohl mit seinem Umrüstungsminister Rühe an der Bundeswehr fest? Geil reagieren sie auf militärische Einsätze im Rahmen der UNO. Sie werden dabei auch nicht müde, von Abrüstung zu reden. Alte, nicht mehr zeitgemäße Panzer der ehemaligen NVA werden verschrottet, sofern sie nicht über dunkle Kanäle „verschwunden" sind.

In der Debatte um die 1960 in Kraft getretene Vorschrift gegen Volksverhetzung hatte der Frankfurter Jurist und CDU-Bundestagsabgeordnete Franz Böhm - damals noch unter dem Beifa[ll] des ganzen Bundestages - vor geset[z]lichen Alibis bei der Auseinandersetzung um Neonazis gewarnt. Die Bürger würden dadurch „die große Lehre, die sie aus der Vergangenheit zu ziehen hätten, nicht befolgen, daß nämlich eine Nation, die nicht will, daß so etwas wie Nationalsozialismus aufkommt, sich nicht auf ihre Staatsanwälte und ihre Polizei verlassen darf, sondern auf die Straße gehen muß, in die Hände spucken und sich zur Wehr setzen muß, wenn irgendwelche Leute eine gehässige Politik propagieren" (BT-Prot. v. 3.12.1959, 5088) - eine schlichte, eine handgreifliche Wahrheit, die auszusprechen heute offensichtlich nur wenigen in den Sinn kommt.

Abrüstung predigen sie, und Umr[ü]sten ist ihre Praxis. So werden z. B. die Fallschirmjägereinheiten – sie waren immer Angriffstrupp, jetzt mit wendigeren, technisch besseren und auf neueste Einsatzmöglichkeiten orientiertem Material ausgerüstet.

Die neue, von Kohl und Rühe praktizierte Losung, heißt also nicht mehr „mit weniger Waffen Frieden schaffen", sondern, „mit besseren, zeitgemäßeren Waffen weiter machen wie bisher".

Alois Engel

Den WAHRHEITSGEHALT der WerbepsychoLÜGEN erkennen schon viele –
Den WAHRHEITSGEHALT der Kriegs- und Feind-PsychoLÜGEN müssen noch viele erkennen lernen.

Mann – Frau – Kind lernt eben nie aus.

Ehemaliger Buchenwald-Häftling Fjodor Konkov

Der aus seiner Heimat, dem kleinen Fischerdorf Tangerog am Asowschen Meer, verschleppte Zwangsarbeiter, der sich die Ausbeutung in einer Gärtnerei in Dresden nicht gefallen ließ und deshalb ins KZ Buchenwald deportiert wurde, war vom 4. bis 11. September in Bremen zu Besuch.

Der jetzt 67-jährige besitzt Kenntnisse über fünf Fremdsprachen und ist zur Zeit bei der orthodoxen Kirche in Moskau als Dolmetscher tätig, um seine kleine Rente etwas aufzubessern.

Konkov liebt seine Heimat sehr. Seinem Vater half er beim Fischfang. „Wir hatten die besten Fische der Welt", sagt er. Die Deutsche Sprache lernte er neben anderen Fremdsprachen wie Englisch und Französisch auf der Universität in Leningrad. Diese Sprachen spricht er fließend. Die deutsche Sprache aber liebt er. Er schwärmt von dem großen Dichter Schiller. „Die Räu-[illegible]r" kennt er fast auswendig. Er hat [illegible]gar seine deutschen Sprachkennt-[illegible]sse damit vervollkommnet.

Nach dem Überfall der deutschen Horden auf Rußland verschleppte ihn die SS-Besatzung aus seiner Heimat. „Er solle in Deutschland arbeiten, wo man viel Geld verdienen könne". – 200 km zu Fuß wurden die Zwnagsverschleppten zur nächsten Bahnstation getrieben und in Vieh-Transportwaggons gepfercht. Nach einigen Tagen qualvoller Fahrt kamen sie ausgehungert und fast verdurstet in Dresden an. Fjodor wurde dann von einem Gärtner als billiges Ausbeutungsobjekt beschäftigt. Fjodor stellte bald fest, daß seine Leidensgefährten in anderen Betrieben mehr Lohn bekamen und besser verpflegt wurden. Er ließ sich nicht länger mit wenig Taschengeld [illegible]d kargem Brot abfinden und verwei-[illegible]rte die Arbeit. Sein Schinder zeigte [illegible]n bei der Gestapo an. Diese versprach ihm „bessere Arbeit" und inhaftierte ihn in Buchenwald.

Auf dem Transport nach dort kam er durch Weimar. Er hatte sich einen Besuch in der Stadt, in der Schiller, Goethe und viele andere Dichter und Philosophen gelebt haben, eine Stadt, von der aus bedeutende und befruchtende Impulse für die deutsche Kultur und darüber hinaus für die Kultur der gesamten zivilisierten Welt gingen, ganz anders vorgestellt.

Neun Kilometer oberhalb Weimar, in ca. 600 m Höhe, am Nordhang des Etterberges, liegt das Konzentrationslager Buchenwald. Vier Tage später als ich, am 16. August 1943, wurde Fjodor, von Schlägen und Fußtritten der SS begleitet, in das KZ eingeliefert. Seine Schilderungen bestätigen teilweise das gleiche, wie ich es erlebt habe. Auch er kam anfangs in ein Arbeitskommando, in dem das Überleben Glückssache war: in das Kommando „Entwässerung und Kanalisation". Später kam er in die Gärtnerei und Kläranlage und dann in das Kommando „Schweinestall" (landwirtsch. Betrieb).

Als talentierter Zeichner und Maler porträtierte er naturgetreu Kameraden, die Pakete mit Lebensmitteln erhielten, um dafür etwas mehr zum Essen zu haben. (Ab Mitte 1942 war es den Häftlingen erlaubt, Pakete zu empfangen. Das geschah auf Befehl des Reichssicherheitshauptamts der SS, um die Arbeitskraft der Häftlinge einigermaßen zu erhalten, denn inzwischen hatte sich die Lage an den Fronten verschlechtert und die Rüstung wurde mit allen Mitteln der Ausbeutung vorangetrieben.

Vor dieser Zeit konfiszierte (stahl) die SS-Lagerleitung die Pakete, um sich selbst zu mästen und zu bereichern.

Nach der Befreiung am 11. April 1945 galt der erste Besuch Fjodors dem Goethe-Haus in Weimar. Er verblieb noch bis August im Lager und konnte dann endlich, als die Fahrgelegenheit organisiert war, über Dresden, das inzwischen zerstört war, in seine Heimat, in das kleine Fischerdorf, zurückkehren, wo er seine Eltern lebend und unversehrt umarmen konnte. Fjodor versprach, sobald als möglich uns wieder zu besuchen.

Nachsatz: Im September 1991 fragte Fjodor beim Bundeskanzler an, ob er für die erlittene Haft und Zwangsarbeit eine „kleine Rente" bekommen könnte. Vom Bundesfinanzministerium erhielt er die lapidare Antwort, daß die Sowjetunion auf alle Entschädigungsleistungen für die Opfer des 2. Weltkrieges verzichtet hätte.

Horst Hackenbroich

Erde - blauer Diamant auf samtenen Grund,

Erde - schlammlich an dem die Münder kleben der Verhungernden;

Erde - ohne Himmel, der zerbarst in den Augen der Gemordeten,

Erde - trägst doch die Zukunft des Alls

Anette, 11.1.88

Aus dem Geschichtsbuch

Man klagt in sozialdemokratischen Kreisen über das Geld für Heer und Flotte. Man sagte, Milliarden steckt ihr hinein, was könntet ihr damit tun für die Kultur, für die Geisteswissenschaft und Armenfürsorge. Zunächst sind wir aber in der Technik so weit, daß das Geld zum größten Teil in die Taschen des deutschen Volkes zurückkommt. Die Schiffe, die wir bauen, konstruiert der deutsche Techniker und baut der deutsche Arbeiter, die Kasernen baut der deutsche Maurer, die Kleider machen deutsche Fabriken; man kann nicht sagen, daß das deutsche Nationalvermögen um Milliarden ärmer wird. Diese Beträge fließen durch eine große Reihe von Kanälen an das deutsche Volk. Aber selbst wenn wir Ausgaben machten, die wir nicht zurückbekämen, dann muß man doch zugeben, daß wir durch unser starkes Heer, durch unsere Rüstungen zu Lande 35 Jahre dem deutschen Volke den Frieden erhalten, jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben haben, für sich und seine Familie zu schaffen und zu wirken, und daruch erst den Untergrund für unsere wirtschaftliche Entwicklung gelegt haben. So haben wir auch dadurch sehr viel für die Kultur getan, und zwar mehr, als wir jemals auf anderem Wege dafür hätten tun können. Auf diesem Boden der unbedingten Friedensliebe und der Kulturförderung stehen wir, wenn wir die Anschauungen hinaistragen in das Volk: Bitter not ist uns eine starke Flotte. Wenn wir den Nachdruck auf das Wort „starke" legen, so ist es deshalb, weil wir sehen, daß in der Weltgeschichte immer ein Volk an die Stelle des anderen tritt und schließlich der Herrgott im Kampfe bei den starken Bataillonen ist.

Aus der Rede Gustav Stresemanns am 12. Mai 1907 auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Köln zur Rechtfertigung der Flottenrüstung

Aus dem heißen Meer der Tränen
hinauf zum Stern der Hoffnung
mit tropfendem Gefieder schweben
unsre Träume weit davon.

Können nicht auf ihnen reiten,
denn dann stürzten sie hinab.
Doch aus tiefstem Dunkel zeigen
sie uns neue Wege an.

Sieh genau hin: An dem Ufer
bleiben manche Spurn bestehn.
Die schwersten Schritte andrer
Sucher
werden nicht ins Nichts verwehn.

Annette, 2.12.90

Mechtersheimer I

Der Streit

An der Person des aus der Friedensbewegung bekannten Alfred Mechtersheimer setzte sich für mich unerwartet der vom Bundeskongreß bekannte Streit, wie wir es nämlich mit dem Nationalen halten, fort. Er erreichte eine auffallende Schärfe und endete mit meinem Rücktritt vom Landesvorstand, da ich die Position der Mehrheit kompromißlos ablehne, weil hier ein zentrales Problem angeschnitten wird.

Worum ging es? M. wurde auf, wie mir scheint, nicht besonders demokratische Weise vom DGB Bremen als Hauptattraktion der diesjährigen Antikriegstage eingeladen, „um der Friedensbewegung neue Impulse zu vermitteln". Gerüchte um eine etwaige Verbindung M.'s zu bestimmten neofaschistischen Strömungen ließen die Vertreter der VVN-BdA im Koordinationsgremium der Friedenstage vorstellig werden. Dieses führte zu keinem Ergebnis.
Nachdem Material über die Verbindungen M.'s zu sogenannten Nationalrevolutionären auf dem Tisch lagen, schienen mir die von ihm seit längerem vertetenen zentralen Schlagworte – „Antiamerikanismus und Nationalpazifismus" – in einem neuen Licht.

Sie stehen nach meiner Meinung im Kontext der neofaschistischen Deutschland-Politik der 80er Jahre, als die Friedensbewegung als Multiplikator für nationalistisches Denken ausersehen wurde. Die Bedrohung des Friedens wurde nicht als eine Frage des Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus, sondern als eine nationale angesehen. Die „Besetzung Deutschlands" durch Amerikaner und Sowjets, das System von Jalta und damit die Nachkriegsordnung seien das Hauptproblem, ein neutrales vereinigtes Deutschland eine Garantie für den Frieden. Weiterhin sah man die „deutsche Kultur" durch den liberalistischen Westen und den marxistischen Osten in Gefahr.

Mit dem Mäntelchen „Frieden" sollten die wahren Ziele verdeckt werden: eine Erneuerung des Nationalismus und die Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft.

Mag M. sich dieser Konsequenz nicht bewußt sein, er sich subjektiv nicht als Faschist sehen: Die spezifisch neofaschistische Analyse ist auch die M.'s gewesen. Dazu kommt noch seine enge publizistische und persönliche Nähe zu Theoretikern der „Neuen Rechten" und ihren Organen. Vor allem aber: M. weigert sich bis heute standhaft, sich von den Neofaschisten zu distanzieren.

Alles in allem genügend Gründe, die Einladung des DGB für einen Skandal zu halten, und diese Veranstaltung schon im Vorfeld als das anzugreifen, was sie ist: Ein Beispiel für die unerträgliche Normalität der Akzeptanz von faschistischem Gedankengut.

Dieses wurde (wird?) von der Mehrheit des LV der VVN-BdA Bremen nicht so gesehen. Vielmehr legt man dort Wert auf die Feststellung, daß M. sich schließlich gegen ein militärisches Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien ausgesprochen hat. Es bestehe die akute Gefahr, daß Deutschland ebenfalls an diesem Krieg teilnehmen werde, was auf jeden Fall zu verhindern sei. Dies sei aber nur möglich, wenn man alle Leute, die in dieser Frage einer Meinung sind, an einen Tisch bringe. Die historische Erfahrung des Faschismus und des Kriege zeige, daß weitergehende Differenzen in Krisenmomenten nicht entscheidend sein dürfen.

Mechtersheimer II

Die Ordnung Europas

Auf der Veranstaltung wurde dank der rhetorischen Fähigkeiten M.'s und der Schwächen seiner Gegner, darunter auch des als Koreferenten geladenen Chr. Butterwegges, nicht klar, worum es letztlich geht: Eine zutiefst völkische Weltauffassung, die den Frieden in Gefahr sieht, wenn nicht jedes Völkchen sein Natiönchen hat.

Ein Besucher fragte nach der Glaubwürdigkeit M.'s und ob dieser in neofaschistischen Zeitungen etwas anderes, nämlich Militaristisches schreibe als sonst. Dies scheint uns im nachhinein der Knackpunkt der Diskussion gewesen zu sein. Denn das ist es ja gerade: Er sagt dort eben nicht etwas anderes und läßt sich also nicht einfach der Doppelzüngigkeit überführen.

Vielmehr sind seine Äußerungen insgesamt so durchdrungen von den Theorien seines „Freundes" (?) Eichberg (dem wir nicht zuletzt die Ideologie des modernen Neofaschismus verdanken), daß sie sich nicht trennen lassen in einen „guten friedensbewegten Teil und einen „schlechten" neofaschistischen.

Darin liegt auch die besondere Bedeutung M.'s: Er entspricht in keiner Weise dem öffentlichen Bild eines Neofaschisten. Die Tatsache, daß „Frieden" als ein völkisches Problem dargestellt und diskutiert wird, ist ein unbestreitbarer Erfolg M.'s und seiner Stichwortgeber.

M. mag sich so friedensliebend darstellen wie er will: sein Gefasel von der „ethnischen oder nationalen Identität" ist eine ideologische Rückendeckung und Rechtfertigung der Zerschlagung übernationaler Staaten wie der UdSSR, Jugoslawiens oder der Tschechoslowakai.

Er erklärt dies zu einem angeblich natürlichen, von unten kommenden Prozeß, in dem soziale Konflikte oder imperialistische Zielsetzungen nicht vorkommen.

Nur konsequent ist es, wenn M. der Friedensbewegung eine Aufgabe andient, für die bislang der Bundesgrenzschutz im Gespräch war.

Mag die Kritik auf der Veranstaltung dies alles auch nicht klar herausgestellt haben. Wenn festgestellt wird, daß ein Referent sich nicht vom Neofaschismus distanziert und dies von der Gesprächsleitung für unwichtig erklärt wird, ist dies eine moralisch-politische Bankrotterklärung.

In diesem Zusammenhang sehen wi auch den Leserbrief von E. Lenz und . Busche (WK 11.9.92), in dem AntifaschistInnen, welche über den salonfähigen „rechten Zeitgeist" besser informiert sind als es wohl die Verfasser des Leserbriefes sein wollen (war ihnen doch die Kritik an Mechtersheimer bekannt) unverschämterweise als „Politclowns", „Eiferinnen" sowie „Sektierer" diffamiert werden.

So war auch die an M. geäußerte Kritik von Butterwegge nicht „überzogen, unseriös und unhöflich", sondern noch unzureichend.

Thomas und Sonja

Flüchtling nicht immer gleich Flüchtling

Jetzt kommen auch nach Bremen Flüchtlinge aus der Kampfzone Bosnien. Die Presse ist besorgt, insbesondere wegen der Kinder. Medizinische Hilfe brauchen sie nicht, haben ja schon die Gesundheitskontrolle im Zug passiert. Visa bekommen sie nicht, als „Massenstrandgut", „Entwurzelte", „brandende Ströme" (Spiegel 31/92) dürfen sie nur vorübergehend bleiben. 5.000 von ihnen, nicht mehr – vorerst. Aber eineinhalb Millionen sind auf der Flucht. Die wehrfähigen Männer werden in Kroatien zurück in den mörderischen Bruderkrieg gejagt. Das wochenlange Festhalten der Züge und die Grenzsperren legen die Annahme nahe, sie seien nur Verschiebemasse, möglichst in Zeltlagern zu halten. Die Entvölkerung Zentraljugoslawiens schreitet voran. Die Grenzen der Festung Europa werden abgesteckt. Schon jetzt verweisen Zeitungen darauf, daß die Grenzen der Freiheit vor Moslimen haltmachen. Was die Menschen selbst an Überlebensplänen haben, scheint nicht beachtet zu werden.

Im Gefolge des 2. Weltkrieges waren 12-15 Millionen auf der Flucht. Das Grundgesetz sah dafür den Artikel 16 vor. Bald wurde der Paragraph zum Kampfmittel im Kalten Krieg. Heute ist er es wieder. Die vielzitierte Freiheit von Kapital, Dienstleistung, Information, Waren und Menschen wird auf eine Einbahnstraße gezwängt. Die Fernsehbilder der Eisenbahnwaggons sollten Erinnerungen an die Viehwaggons 1940-44 sorgfältig vermeiden, mit denen Zwangsarbeiter und rassisch Verfolgte der Vernichtung durch Arbeit in zahllosen Lagern zugeführt wurden. „Ein Glück, daß sie nicht auch noch schwarze Hautfarbe haben", so der Stoßseufzer eines Bürgers. Schlimm, daß das Elend heute schon vorsortiert wird, statt es gemeinsam zu bekämpfen und die Ursachen anzugehen.

Zahlreiche Leserbriefe im Weserkurier und die Aussagen unseres Senatspräsidenten belegen, daß ein schleichender Bürgerkrieg auch bei uns Einzug hält. Eine Umkehr tut bitter not. Die Haßszenen aus Rostock dürfen nicht Alltag der Bundesrepublik werden. Sie sind Produkt einer Politik, die mit Sozial- und Demokratieabbau menschenverachtendes Handeln als völlig normal anerzieht und vorlebt. Tief erschrocken mußten wir sehen, wie Wohnungen von Flüchtlingen und vietnamesischen Kollegen in Brand gesetzt wurden. Zum Feindbild gehört sicher auch, Antifaschisten dafür verantwortlich zu machen. Wir brauchen einen Aufschrei, diesmal keine starke Hand zu dulden. War der Polizeieinsatz verzögert worden, um das Asylrecht ändern zu können oder gar Flüchtlinge draußen zu lassen? Provokation ist nicht ausgeschlossen, schließlich gibt es im Westen der BRD häufiger und mehr Anschläge ähnlichen Ausmaßes. Raimund

Aus dem Geschichtsbuch

Aus der 1906 erschienenen Schrift „Die deutschen Kolonien und ihre Zukunft" von Eduard v. Liebert

Wir Deutschen haben uns aber so lange mit der Aufrichtung unseres Nationalstaates beschäftigt, daß wir bei der Verteilung der Welt zu kurz gekommen sind. Jetzt haben wir das Nachsehen (...), wir haben alle Ursache, das Versäumte schnell nachzuholen und ohne Besinnen zuzugreifen, wo wir noch ein Stück der Erdoberfläche erhaschen können. Kolonialbesitz bedeutet Macht und Anteil an der Weltherrschaft (...). Wir müssen immer damit rechnen, daß wir ein aufstrebendes, stark sich vermehrendes Volk sind, das landhungrig ist und Ellenbogenfreiheit bedarf. Deshalb sind wir im Gegensatz zu den Franzosen, die nur durch nationale Eitelkeit und kaufmännische Profitsucht über See hinausgeführt werden, mit elementarer Gewalt auf überseeische Ausdehnung angewiesen. Diejenigen Völker, die sich diesem Naturtriebe entgegenstellen und uns an der Ausbreitung hindern, werden nur den Kürzeren dabei ziehen und sich selbst schädigen (...) Der Ruf nach Kolonien entspricht nicht einem unlauteren Wunsche nach Krieg und Eroberung, sondern dem innersten Bedürfnisse eines großen Volkes, dem seine politischen Grenzen zu eng gezogen sind, und dessen Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist.

E. v. Liebert, Die deutschen Kolonien und ihre Zukunft, Berlin 1906, S. 9, 77 f.

Von der Reise: Niemanden ausgrenzen, der nicht antihumanistisch

Kameradschaftliche Grüße an die Bremer Kameradinnen und Kameraden aus Berlin und Jena sollen am Beginn einiger Gesprächseindrücke stehen.

Am 27. Juni fand in Berlin die 1. Sitzung des neugewählten Koordinationsausschusses des Bundes der Antifaschisten statt. Mit einer Einschätzung des Kongresses des Bundes im Mai leitete Prof. Heiner Fink die Sitzung ein. Hat es im Vorfeld auch einige Argumente gegen Zeitpunkt und Zielsetzung gegeben, so seien das unbegründete Unkenrufe gewesen. Der Ablauf sei gut vorbereitet gewesen, der Inhalt nicht breites Etikett, sondern Kampfprogramm. Insbesondere nach dem Scheitern des Versuchs einer sozialistischen Gesellschaft stellte sich die Frage nach einer Aufarbeitung der Vergangenheit, nach den Ursachen für den antihumanistischen Faschismus, der Vermeidung einer Wiederholung – auf allen Ebenen.

Der BBdA hat heute 5360 Mitglieder in 62 Basisgruppen. Trotz aller schwierigen Umstände gelang es, ihn zu erhalten. Die Erinnerungstage an die Opfer von Krieg und Faschismus im September 1990 und 1991, die Aktion zur Verhinderung des Auftritts des Faschisten Irving in Karlshorst erfaßten Zehntausende. Anspruch des BdA ist es, sich mehr zu öffnen für Christen, Juden und andere weltanschauliche Richtungen, sich um die Probleme der Jugend zu kümmern, bei und unter ihnen tätig zu werden, den Kampf um die Erhaltung der Menschheit als Ganzes aufzunehmen in vielfältigen Aktionen. In diesem Sinne wurde von manchen die Diskussion in der VVN als elitär empfunden, der Bundeskongreß als chaotisch und wenig pluralistisch. Die Neofaschismus-Analyse allerdings wurde als sehr wichtige Anregung aufgenommen. Niemand sollte ausgegrenzt werden, wenn er nicht antihumanistisch sei, so Prof. Fink.

Die Komitees für Gerechtigkeit wurden in vielen Gesprächen als Widerstand gegen eine antihumanistische Entwicklung empfunden, als Minimalselbstverständlichkeit. So auch am Rande eines Vortrags über die furchbaren Juristen, die Rehse und Globke, Filbinger und Carstens in Potsdam. Die Einplanierung großer Teile der Betriebe, die Tatsache, daß Lebensmittel nach dem Plattwalzen der LPGs weit aus dem Westen abtransportiert werden, die bevorstehenden Mieterhöhungen, all das treibt nicht mehr nur zur Resignation. Sind auch Zusammensetzung und Programm recht un-

klar, zeichnet sich doch für Nichtwähler und andere ein Sprachrohr ab, das nicht anti-westdeutsch ist, sondern der Zerstörung einer ganzen Region Einhalt gebieten will.

Am 14. August reiste der Geschäftsführende Vorstand nach Jena zu Gesprächen mit den KameradInnen des VdN. Ein interessantes Programm führte uns die Probleme der Abwicklung einer ganzen Region bildlich vor Augen. Nur noch 3.000 von 28.000 Beschäftigten arbeiten bei Zeiß. Ein Wohnblock mit 36 Parteien zählt nur noch 2 Beschäftigte. Unklarheiten gibt es über Möglichkeiten, bei ständig steigenden Mieten staatliche Unterstützung beantragen zu können. Gut zu wissen, daß sich Abgeordnete als Sprachrohr der Interessen ihrer Wähler verstehen, wie die Gespräche mit der PDS-Fraktion im Rathaus verdeutlichen. Keine Gelegenheit war diesmal zu einer Diskussion mit der Zukunftswerkstatt Jena, die mit ihrem Info „Lust auf Zukunft" um Kritik ringen. Provozierenden Gedanken zum Überleben der Menschheit, BAF- Lesern ein wenig bekannt aus Gedichten Annettes, Fragen zur Auswirkung der „Osthilfe" auf die GUS-Staaten, machen das Info lesenswert (über das Büro erhältlich). Die Kontakte werden ausgebaut.

Raimund

– Vergangen – Vergessen – oder „nie gewesen"?

10. Jahrestag 1982 - 1992
am 15. und 16. September 1982 geschahen die Massacker von

SABRA und SHATILA

über 1.000 Kinder, Frauen, Männer wurden von den Besatzern ermordet.

– den Toten ein ehrenvolles Gedenken.

– ihren Hinterbliebenen volle Sodarität.

Die Gerechtigkeit wird siegen!
Frieden sei mit Euch

Umm Gardi

Irmgard Alfken, Bremen

Geburtstage im Oktober

Helmut Peters	18. Okt., 69 J.
Dr. Ernst Uhl	27. Okt., 60 J.
Heinrich Hannover	31. Okt., 67 J.

Allen Kameraden
Herzlichen Glückwunsch

Der Landesvorstand

Einladung

Zum Kongreß über die Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus vom 6. bis 8. November 1992 in Braunschweig-Salzgitter. Gäste aus dem Ausland haben bereits ihre Teilnahme zugesagt.
Zur Gewährung eines gesicherten Ablaufs werden Helferinnen und Helfer benötigt. Meldung im Landesbüro.
Zur Abdeckung der Kosten bitten wir auf das Konto der VVN-BdA Bremen e.V. Spenden zu überweisen. Wir werden die Spenden weiterleiten. Konto-Nr. siehe unten.

Noch eine Meldung!

Abgeordnete aus allen Fraktionen und verschiedener Parlamente und Friedensfreunde standen am 22.9. gemeinsam in Quedlinburg vor einem Heim für Asylsuchende, um ihre Solidarität zu bekunden. Diese friedliche Mahnwache wurde von den Neofaschisten mit einem Steinhagel überschüttet und wieder gab es keinen Oberen der Polizei, der den Befehl gegeben hat, gegen die Steinewerfer vorzugehen. Gibt es im Osten Deutschlands keine Kollegen aller Ränge der G.d.P., die eingreifen können?

Gemeinsame

Zusammenkunft der KameradInnen und Kameraden aus Bremen Ost, Süd und West.
Am Montag, 19. Oktober 1992 im Landesbüro, Bürgermeister-Deichmannstraße 26. Beginn: 19.00 Uhr
Thema:
Gegenwärtige Probleme und Wir.

Der L.V. freut sich auf Euren Besuch.

bremer shakespeare company

Theater am Leibnitzplatz

bietet zum 3. Oktober 1992 zwei Theaterstücke an:

Am 3. Oktober um 18 Uhr: „Unter dem Glück".

Am 3. Oktober um 21 Uhr: „Bruderbande".

Beide Stücke befassen sich mit der deutschen Nachkriegszeit und Gegenwart. Wir empfehlen den Besuch.

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:

Dienstags von 15.00-19.00 Uhr
Tag der Landeskassierer

Mittwochs von 15.00-18.00 Uhr

Donnerstags von 15.00-18.00 Uhr
Tag der Bürokasse
Spenden und Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Dienstag von 17.00-19.00 Uhr
tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 3. Dienstag von 19.00-22.00 Uhr
der Landesvorstand
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister Deichmann Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 0421/38 29 14

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62
Redaktionsschluß: Am 15. eines jeden Monats.
Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark

☐ Ich würde einzelne Aktionen unterstützen. Bitte informiert mich.

☐ Ich möchte weitere Informationen der VVN/Bund der Antifaschisten.

Ich interessiere mich besonders für die Themen:

☐ Rassismus / Neofaschismus

☐ Geschichtsarbeit

☐ Friedenspolitik

☐ Wiedergutmachung / Soziales

Anregungen, Kritik: ____________

Name ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Ein technischer Defekt,
----
liebe Leserin, lieber Leser,
----

machte es möglich dieser Ausgabe einige Zeilen beizufügen:
Am Vorabend des jüdischen Neujahrstages, in der Nacht vom 24. zum 25. September 92, brannte die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen K.Z. Sachsenhausen vollständig nieder.
Dies ist ein weiterer Anschlag in einer Kette von Schändungen jüdischer und antifaschistischer Ehrenmale und Gedenkstätten. Alle diese Anschläge erfolgte im Feuerschein brennender Heime für ausländische Mitbürger.
Diese neofaschistische Terrorwelle nimmt Herr Werthebach, Chef des Amtes für Verfassungsschutz in Köln zum Anlaß, die Neonazis zu ermuntern, nun ihren Terror gegen "Links" zu richten.
Wie soll denn seine Bemerkung anders bewertet werden, nun würden die Auseinandersetzung zwischen "Rechts" und "Links" verschärft. Außerdem bekommt die Ankündigung einen Sinn, wenn man an die Mitteilung seines Amtes denkt, nun würden 400 frei gewordene Agenten auf die rechte Scene angesetzt.
Ausgerechnet am 3. Oktober 1992 wollten die "Peenemünder" die V2-Rakete auf London feiern. Auch das ist, gelinde gesagt, Rechtsradikalismus.
Wir fordern, keine Änderung des Artikel 16 G.G. zuzulassen.
Wer die Grundrechte beseitigen will, verstößt nach Artikel 20 G.G. gegen die freiheitlich - demokratische - Grundordnung(FDGO), Gegen den nach Artikel 20.4 öffentlicher Widerstand geleistet werden muß.

Willy am 27.9.92